

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und  
zwar Dienstag, Donner-  
stag u. Sonnabend. In-  
sertionspreis: die kleinste  
Zeile 10 Pf.

**Abonnement**  
vierteljährlich 1 M. 20 Pf.  
(incl. Bringerlohn) in der  
Expedition, bei unsern Bo-  
sten, sowie bei allen Reichs-  
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

29. Jahrgang.

Nr. 51.

Dienstag, den 2. Mai

1882.

### Aufforderung

an Einkommensteuerpflichtige, denen eine Mittheilung des Ein-  
schätzungsergebnisses nicht zugegangen ist.

In Gemäßheit der in § 46 des Einkommensteuergesetzes vom 2. Juli 1878  
enthaltenen Bestimmung werden alle Personen, welche an hiesigem Orte ihre  
Beitragspflicht zu erfüllen haben, denen aber die in Gemäßheit der erwähnten

Bestimmung erlassene Zufertigung nicht hat behändigt werden können, hiermit  
aufgefordert, wegen Mittheilung des Einschätzungsergebnisses sich bei der hiesigen  
Stadtsteuer-Einnahme zu melden.

Johanngeorgenstadt, den 28. April 1882.

Der Stadtrath.  
Böckmann.

### Eine Wiederannäherung an Rußland.

Trotz aller friedlichen Versicherungen, die der Czar in Telegrammen an unseren Kaiser, in Trinksprüchen und auf andere Weise gegeben, wird man des Gefühls nicht ledig, daß es zwischen Rußland und Deutschland „nicht stimmt“. Die persönliche Friedensliebe des Czaren, die nicht angezweifelt werden soll, ist heutzutage nicht mehr ein so mächtiger Faktor, wie in früheren Zeiten, wo die Alleinherrschaft des „Väterchens“ unbestritten war. Abgesehen von dem Nihilismus, der trotz aller staatlichen Gegenwehr immer neue schreckensvolle Zeichen seines Daseins giebt, ist die Autorität des Czaren auch besonders von jener Partei bedenklich geschwächt, die man die panslawistische nennt und welche das russische Knutenregiment auf die ganze civilisirte Welt ausbreiten möchte.

Bestände die Autorität des Czaren noch in vollem Umfange, wie wäre das Auftreten Stobeleffs auch nur möglich gewesen? Wie wären die Judenhegen in Rußland möglich — wie wäre es denkbar, daß ein Ministerialbeamter (Trubnitow) in einer Broschüre öffentlich zu Mord und Todtschlag gegen die in Rußland wohnenden Deutschen auffordern dürfte! Das alles sind sehr bedenkliche Anzeichen von der inneren Gährung, die in Rußland herrscht und die zum Ausbruch drängt.

Aus den Zeiten der „heiligen Allianz“ her war Rußland gewohnt, den Schützling Deutschlands, speziell Preußens, zu machen. Es hat diese Rolle bis 1871 treulich durchgeführt. Als aber Deutschland seine Einigkeit mit dem Blute seiner Söhne auf den Schlachtfeldern Frankreichs erkaufte, als es zu einer achtunggebietenden Macht wurde, als gar Rußland in einem Kriege gegen die Türkei sich mit nur recht zweifelhaften kriegerischen Lorbeeren schmücken konnte und der deutsche Reichkanzler auf dem Berliner Kongress nicht nach Wunsch in das russische Horn blies, — da war es mit der „Erbfreundschaft“ zu Ende: das Drei-Kaiser-Bündniß, das an Stelle der heiligen Allianz getreten war, ging aus den Fugen, Deutschland und Oesterreich schlossen sich engstens aneinander.

Rußland grollte. Die Klagen über Grenzverletzungen seitens der russischen Zollwächter; die Streitigkeiten wegen der Schifffahrt auf dem Niemen, die Passcherereien, denen deutsche Reisende vielfach ausgefetzt waren, wenn sie die russische Grenze überschritten; die Forderung, daß die Eingangszölle für deutsche Waaren nach Rußland in Gold bezahlt werden müßten; ziemlich willkürliche Zollmaßregelungen — alles das wirkte zusammen, um das Verhältnis zwischen den beiden Nachbarreichen zu einem noch ungemüthlicheren zu gestalten. Zwar waren die meisten dieser Klagen nicht neu, aber sie erhielten durch die veränderte politische Lage ein ernsteres Ansehen.

Die Haltung der deutschen Regierung war gegenüber den mannigfachen Unzuträglichkeiten eine solche, daß Deutschlands Interessen nach Möglichkeit gewahrt wurden, Rußland andererseits aber durchaus nicht über etwaige unberechtigte Einmischung in seine eigenen Angelegenheiten klagen konnte. Die Angelegenheit wegen der Niemenschifffahrt wurde zufriedenstellend geregelt, Fälle von Grenzverletzungen, wo solche vorgekommen, von russischer Seite untersucht und geföhnt. In die Handhabung des russischen Post- und Zollwesens konnte von deutscher Seite nicht eingegriffen werden und eine Abstellung so mancher darauf bezüglicher Beschwerden erschien zwar wünschenswerth, aber unthunlich. Doch nun hat der Reichkanzler auch hierzu den Versuch gemacht. Es wird nämlich gemeldet, Fürst Bismarck betrachte den Ab-

schluß eines Handelsvertrages mit Rußland als das nächste Ziel seiner wirtschaftlichen Aufgaben. Wir haben das Verhältnis, wie es zwischen Deutschland und Rußland gegenwärtig besteht und wie es sich entwickelt hat, skizziert, um zu zeigen, welche enorme Aufgabe mit dem Zustandebringen eines solchen Vertrages zu lösen ist.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. München. In der bekannten Landesverraths-Affaire, welche allenthalben Aufsehen erregt und vor dem Reichsgerichte zur Verhandlung kommen wird, schreitet die Untersuchung rasch vorwärts und soll das bereits erhobene Beweismaterial ein ziemlich ergiebiges sein. Baron de Graillier, ein französischer Officier, soll zur Zeit der Wagner-Cyklus-Vorstellungen, welche im vorigen Jahre am hiesigen kgl. Hoftheater gegeben wurden, hierher gekommen sein und seit dieser Zeit in München verweilen. Wie man sich erinnert, sind zu den erwähnten Vorstellungen zahlreiche Fremde aus Frankreich nach München gekommen und soll nunmehr begründeter Verdacht bestehen, daß unter denselben sich mehrere Emigrirte befunden haben. Der mitverbündete Brunner, welcher in den Zeitungsnotizen als ein Schweizer bezeichnet wurde, ist keineswegs aus der Schweiz, sondern ein geborner Münchener, der Sohn eines Strohhutfabrikanten dahier, der weitere Genosse, Baron Krittmaier, ein Nachkomme des bekannten bairischen Befehlshabers gleichen Namens, dessen Monument am Promenadeplatz steht.

— Berlin. Bei der Endabstimmung über das Tabakmonopol im Bundesrathe gruppirten die 58 Stimmen desselben sich nach der „Schl. 3.“ folgendermaßen:

Für das Monopol:	Gegen das Monopol:
Preußen (mit Waldeck) 18 St.	Bayern . . . . . 6 St.
Württemberg 4 "	Sachsen . . . . . 4 "
Mecklenburg-Schwerin 2 "	Baden . . . . . 3 "
Weimar 1 "	Hessen . . . . . 3 "
Braunschweig 2 "	Hamburg . . . . . 1 "
Meiningen 1 "	Bremen . . . . . 1 "
Altenburg 1 "	Lübeck . . . . . 1 "
Coburg-Gotha 1 "	Oldenburg . . . . . 1 "
Anhalt 1 "	Mecklenburg-Strelitz 1 "
Rudolstadt 1 "	Reuß i. L. . . . . 1 "
Sondershausen 1 "	
Reuß a. L. 1 "	
Schaumburg-Lippe 1 "	
Lippe-Deimold 1 "	
	22 St.
	36 St.

Die Staaten, deren Regierungen gegen das Monopol votirten, umfassen vor der auf 45 1/2 Millionen Seelen sich beziffernden Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches nur etwa 12 Millionen Seelen. Reuß i. L. enthielt sich bei der Specialberatung über das Monopol wiederholt der Abstimmung, gestellte sich aber schließlich der Minoritätsgruppe zu. Daß das Monopolprojekt für die Folge nicht von der Tagesordnung verschwinden wird, auch wenn der Reichstag, wie mit Sicherheit zu gewärtigen ist, dasselbe ablehnt, ging, wie die „Nat.-Ztg.“ hört, aus den Darlegungen des Staats-Secretärs Scholz im Bundesrathe klar hervor.

— Oesterreich. Vor mehreren Tagen wurde einer officiösen Stimme aus Oesterreich Erwähnung gethan, in welcher die Behauptung aufgestellt war, es gäbe in Oesterreich eigentlich keine Arbeiterfrage; die hier und da auftauchenden Schwierigkeiten seien localer Natur und könnten stets auf administrativem Wege beseitigt werden. Dieser Ansicht wurde zwar bald von besser informirter Seite widersprochen. Man gab der Äußerung aber keine weiteren Folgen, bis jetzt Regierung und Parlament

noch von den Arbeitern in die Lage gedrängt werden könnten, sich mit dieser Arbeiterfrage eingehender zu befassen. Es wird aus Teplitz gemeldet, daß der daselbst am Montag ausgebrochene Streik der Kohlenarbeiter sich nunmehr auf sämtliche an der Ausfig-Teplitzer, Dux-Bodenbacher, Pilsen-Priesener und Prag-Duxer Eisenbahn gelegenen Werke, mit Ausnahme einiger Schächte bei Karbitz und Schönfeld ausgedehnt hat. Doch wird befürchtet, daß auch diese Werke von der Bewegung erfaßt werden. Die hierüber eingegangenen und bereits mitgetheilten Depeschen ergeben, daß die Regierung die umfassendsten Vorsichtsmaßregeln trifft. Die Arbeiter verhalten sich ruhig, zwingen aber diejenigen, welche noch weiterarbeiten, zur Arbeitseinstellung. Die Kohlenvorräthe in den größeren Fabriken sind äußerst geringe. Die wichtigsten unter den Forderungen der Arbeiter, welche sich durch Versprechungen nicht mehr abspießen lassen wollen, bestehen in: Gründung einer Centralcasse für die Arbeiter der ganzen Provinz unter staatlicher Führung und Haftung, Einführung eines Normalarbeitstages und Normallohnes, Abschaffung der Sonntagsarbeit, Einführung eines Haftgesetzes und Versorgung der Hinterbliebenen.

— Frankreich. Den 1871 durch seine Niedermegehung von gefangenen Kommunnards bekannter gewordenen General Gallifet lassen die Vorbeeren Stobeleffs nicht ruhen. Bei einem größeren Gastmahl, an dem auch viele hohe Offiziere theilnahmen, gab er gesprächsweise zum besten, Deutschland würde der französischen Republik ihren Länderbesitz in Europa und Afrika garantiren, wenn diese sich verpflichten wolle, ihren Heeresbestand zu verringern und keine Bündnisse mit fremden Mächten abzuschließen. Er sagte auf Drängen, daß ihm dies Gambetta selber mitgetheilt hätte, der sich auf solch ein Spiel mit Deutschland nie einlassen würde und deshalb je eher je lieber wieder in die Regierung eintreten müsse.

— Italien. Die officiöse italienische Presse, welche täglich die Nothwendigkeit einer Erhöhung der italienischen Wehrkraft betont, beweist, daß man sich italienischerseits darauf vorbereitet, für etwa eintretende Eventualitäten die italienische Mittelmeerstellung mit Nachdruck wahren zu wollen. An dem Stande der Dinge in Tunis ist freilich nichts mehr zu ändern, wofür man Italien nicht in einen Krieg mit Frankreich stürzen will. Dagegen überwacht man in Rom mit sorgfältiger Wachsamkeit die Vorgänge in Aegypten und man scheint daselbst entschlossen zu sein, jedem einseitigen, mit den italienischen Interessen unvereinbarem Einschreiten entgegenzutreten. — Thatsächlich sei hinzugefügt, daß die italienische Kammer am 27. die Militärvorlage angenommen hat, wonach im Laufe der nächsten fünf Jahre 127,880,000 Lire an außerordentliche Kriegsausgaben bewilligt werden.

— Aus Rom wird eine ernstliche Erkrankung des Papstes gemeldet, welche sich seit Sonntag vor. Woche so verschlimmert haben soll, daß sie Besorgnisse einflößt. Seine Umgebung sagt zwar, der Zustand Sr. Heiligkeit sei augenblicklich nicht gefährlich, aber seine lange Eingezogenheit im Vatikan zerrüttet seine Gesundheit und verursacht, weil er immer an viel Bewegung gewöhnt war, merkliche Schwäche. Er habe seinen sonst so guten Appetit verloren und seine Verdaulichkeit sei ernstlich gestört. Früher an frühzeitiges Aufstehen gewöhnt, vermöge er jetzt nicht vor 9 oder 10 Uhr das Bett zu verlassen, und im Ganzen klage er außerordentlich über Mattigkeit. Eine große Anzahl von wichtigen Audienzen müßte daher auf unbestimmte Zeit hinaus vertagt werden. Seine Aerzte dringen auf unverzügliche Luftveränderung in einer hoch gelegenen Gegend. Der